



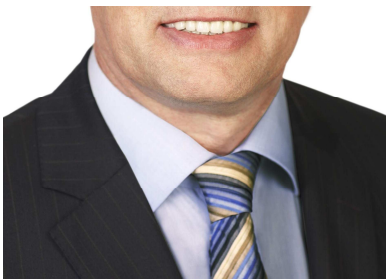
# EUROPA-AKTUELL

## Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Juli/August 2012

Liebe Leserinnen und Leser,



trotz der andauernden Bankenkrise und der berechtigten Zweifel gegenüber der Vergemeinschaftung von Schulden, finden die Deutschen den Euro attraktiver denn je. Zu diesem Ergebnis kommt die Sonntagsfrage des ARD-DeutschlandTrends vom 08.07. Die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel gewinnt im Vergleich zum Vormonat deutlich an Zustimmung und belegt damit den ersten Platz der Liste der abgefragten Parteipolitiker. **Mit ihrer Arbeit sind 66 Prozent der Deutschen zufrieden.** Dies ist der beste Wert für Angela Merkel seit Dezember 2009. Diese positiven Werte zeigen: die Mehrheit der Deutschen sind für Merkels Kurs in der Euro-Krise und zollen der Kanzlerin Respekt für ihren konsequenten Kurs.

Auf dem Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs am 28/29.06 in Brüssel, konnte die Bundeskanzlerin verhindern, dass Eurobonds zum jetzigen Zeitpunkt eingeführt werden. Eine Transfer- und Schuldenunion wurde so eine Absage erteilt. Dafür stellt der beschlossene Fiskalpakt sicher, dass Europa zu einer Stabilitätsunion wird. Das Prinzip Angela Merkels "**Keine Hilfen ohne Gegenleistung**", "**keine Haftung ohne Kontrolle**" hat sich auf dem Europäischen Rat durchgesetzt. Jedes Land, das solidarische Hilfen aus den Rettungsschirmen haben möchte, muss sich im Gegenzug verpflichten, strenge Auflagen zu erfüllen. Das gilt für alle Länder. Die Fortschritte der staatlichen Entschuldungs- und Wachstumsprogramme werden so streng überwacht. Wir sollten jetzt über die Krisenbewältigung hinaus die Chance nutzen, eine ehrliche und europaweite Debatte in der Öffentlichkeit zu führen. Hierbei müssen alle Themen wie z.B. der Fiskalpakt, eine engere Wirtschaftskoordination und insgesamt die Zukunft Europas in der Globalisierung diskutiert werden.

Ihr Reimer Böge

## **Straßburg/ Brüssel:**



Bild 1:

Reimer Böge trifft den lettischen Ministerpräsident Valdis Dombrovskis. Thema des Gesprächs waren die aktuellen Verhandlungen zum kommenden Mehrjahresfinanzrahmen und die herausragenden Leistungen Lettlands angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise.

(Foto: EVP-Fraktion im EP)

### **Tipps für einen sorgenfreien Urlaub**

Die Europäische Union hat für viele kritische Situationen auf Reisen hilfreiche Unterstützung und Erleichterungen eingeführt. So sichert die Europäische Krankenversicherungskarte in den 27 Mitgliedstaaten sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen oder der Schweiz eine medizinische Versorgung. Dies geschieht unter den gleichen Bedingungen und zu den gleichen Kosten (in einigen Ländern kostenlos), wie sie für die Menschen gelten, die im betreffenden Land versichert sind. Die 112 ist die europaweite Notrufnummer, über die sich die Notfalldienste in allen EU-Ländern aus dem Festnetz oder vom Mobiltelefon kostenlos erreichen lassen. Als EU-Bürger haben Sie in Notfällen auch außerhalb der Europäischen Union Anspruch auf konsularischen Beistand, selbst wenn es dort keine Botschaft des eigenen Heimatlandes geben sollte. Sie können in jedem Konsulat und jeder Botschaft eines anderen EU-Mitgliedstaats um Hilfe bitten, wenn Sie verhaftet werden, einen schweren Unfall haben oder Ihre Papiere verlieren. Aber auch bei Streitigkeiten mit dem Reiseveranstalter oder der Transportgesellschaft hilft die Europäische Union. So haben Sie etwa bei Änderungen des Zugfahrplans oder gestrichenen Zügen bestimmte Rechte im Rahmen der Verordnung über Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr.

### **EU-Bürgerbefragung Termin: 9.9.2012**

Am Europatag 2012 (9.5.) ist die größte Bürgerbefragung in der Geschichte Europas gestartet worden. Mit der Befragung soll ermittelt werden, wie die geltenden Unionsbürgerrechte künftig besser ausgestaltet werden können. Bis zum 9. September haben die EU-Bürger nun Gelegenheit, sich zu äußern, welchen Hindernissen sie sich bei der Ausübung ihrer durch EU-Vorschriften garantierten Rechte gegenübersehen, z. B. bei Reisen innerhalb Europas, der Ausübung des aktiven oder passiven Wahlrechts oder beim Online-Einkauf. Das Befragungsergebnis wird die Grundlage für den Bericht über die Unionsbürgerschaft bilden, der 2013, im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger, von der Kommission vorgelegt werden soll. Das Parlament hat den Bürgerinitiativen ein Recht auf Anhörung eingeräumt. Damit haben Vertreter europäischer Bürgerinitiativen die Möglichkeit, ihr Anliegen den Abgeordneten vorzutragen. Beim Parlament wird dafür eine zentrale Kontaktstelle eingerichtet, an die sich Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter von Verbänden und der Zivilgesellschaft in Angelegenheiten wenden können, die mit europäischen Bürgerinitiativen im Zusammenhang stehen. Die Anhörung erfolgt in einer gemeinsamen öffentlichen Sitzung des für das Thema der Initiative zuständigen Ausschusses und des Petitionsausschusses. Die entsprechende Ergänzung der Geschäftsordnung des Parlaments erfolgte am 22.5.2012.

### **Transparenzportal**

Die Kommission hat für interessierte Bürger ein Transparenzportal freigeschaltet. Über dieses Portal erfährt der Bürger, wie die EU-Organe ihre Entscheidungen vorbereiten, wer an der Vorbereitung beteiligt ist, wer Mittel aus dem EU-Haushalt erhält und welche Dokumente bei der Vorberei-

tung und Verabschiedung von Rechtsakten eine Rolle spielen. Außerdem können Dokumente eingesehen und ggf. Stellung genommen werden.

### **Verbraucheragenda**

Die Kommission hat am 22.05.2012 eine Verbraucheragenda vorgelegt. Dabei geht es insbesondere um die Verbesserung der Verbraucherrechte bis 2014 in fünf Schlüsselbereichen: Lebensmittel, Energie, Finanzdienstleistungen, Verkehr und Digitaler Bereich. Zu den besonderen Herausforderungen in diesen Schlüsselbereichen werden in der Agenda - wie auch in einer zeitgleichen Parlamentsentschließung - u.a. folgende Probleme angesprochen:

- Die Tarife für grundlegende Finanzdienstleistungen sind undurchsichtig und die Verbraucher schrecken davor zurück, die Bank zu wechseln, weil sie lästigen Aufwand fürchten.
- In puncto Preis und Servicequalität gelingt es nicht, den vollen Nutzen aus der Liberalisierung in den Bereichen Energie, Verkehr und elektronische Kommunikation zu ziehen.
- Es ist eine bessere Durchsetzung der Flug- bzw. Fahrgastrechte nötig, um unlautere Praktiken und Verstöße gegen das EU-Recht zu unterbinden. Im liberalisierten Strom- und Gasmarkt sind wegen komplizierter Verfahren und/oder undurchsichtiger Marktbedingungen Vergleiche schwierig.
- Das jährliche Energieeinsparpotential pro Haushalt in Höhe von durchschnittlich 1.000 € wird nicht ausgeschöpft, weil klare und leicht zugängliche Informationen über die Verbrauchserfassung und Abrechnung fehlen.
- Im Bereich der elektronischen Kommunikation sind die mangelnde Transparenz der Tarife, die niedrige Servicequalität und Hindernisse beim Anbieterwechsel die Ursache, dass die Verbraucher Marktvorteile nicht nutzen.

U.a. in diesen Bereichen soll es im Interesse der Verbraucher bis 2014 zahlreiche gezielte Maßnahmen geben. Schließlich wird angekündigt, dass Bagatellverfahren für geringfügige, grenzüberschreitende Streitigkeiten (bis 2.000 €) ab 2012 in einem formalisierten Online-Verfahren abgewickelt werden können. In einer diesbezüglichen Entschließung betont das Parlament, dass es neben dem „Durchschnittsverbraucher“ auch den „schutzbedürftigen Verbraucher“ gebe. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die Schutzbedürftigkeit vieler Verbraucher auf ihrer fehlenden Durchsetzungsfähigkeit oder der Unkenntnis über die bestehenden Beschwerde- und Ausgleichsmechanismen beruhen. Diese Probleme verstärken sich bei grenzüberschreitenden Käufen, Haustürgeschäften und Online-Käufen.



Bild 2:

Reimer Böge trifft in Straßburg eine Besuchergruppe der Senioren Union Pinneberg. Diskutiert wurden besonders die Themen Finanzkrise und Fiskalpakt.

(Foto: Büro Böge)

## **Ausgestaltung der Strukturpolitik in der neuen Programmperiode 2014-2020**

Nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags entscheiden Europäisches Parlament und Rat erstmals gleichberechtigt über die inhaltliche Ausrichtung der EU-Kohäsionspolitik, von der auch Schleswig-Holstein in hohem Maße profitiert. Das Europäische Parlament hat seine Position zum im Oktober 2011 von der Kommission vorgelegten Gesetzespaket für die neue Programmperiode (2014-2020) weitgehend festgelegt. Auch der Rat ist mit seiner Positionierung schon weit vorangeschritten. Die beiden Institutionen werden deshalb noch im Laufe des Sommers mit den ersten Verhandlungen beginnen.

Die Abgeordneten stimmen dem Kommissionsvorschlag hinsichtlich einer stärkeren Mittelkonzentration auf Kernprioritäten im Einklang mit der Strategie EU2020 grundsätzlich zu. Allerdings fordern sie mehr Flexibilität für die einzelnen Regionen bei der Auswahl dieser Prioritäten, damit den konkreten regionalen Problemstellungen Rechnung getragen werden kann. Dies schließt beispielsweise die für Schleswig-Holstein bedeutende Möglichkeit einer Beibehaltung der Tourismusförderung im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ein. Insgesamt sollen die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften stärker als bisher in den Prozess der regionalen Programmerstellung eingebunden werden.

Zur Steigerung der Wirkung der Kohäsionspolitik fordern die Abgeordneten die Ermöglichung einer "Multifonds-Förderung". Neben einfacheren Förderfähigkeitsregeln sollen u.a. vereinfachte Kostenoptionen, vergleichbare Verwaltungskosten und Kontrollsysteme für die Strukturfonds und den Fischereifonds sowie gemeinsame Bestimmungen zu Überwachung und Evaluierung zu mehr Kohärenz in der Förderung beitragen.

Auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen nach Willen der Parlamentarier mit Blick auf die prekäre Arbeitsmarktsituation in vielen EU-Mitgliedstaaten 25 % statt der vorgeschlagenen 20 % der Kohäsionsmittel entfallen. In Wettbewerbsregionen wie Schleswig-Holstein sollen 80 % der ESF-Mittel auf die Bereiche Arbeitskräftemobilität, Verbesserung von Bildung und Beschäftigung, soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung entfallen. Der Rat spricht sich jedoch für eine Bindung von lediglich 45-50 % der ESF-Mittel aus. Aufgrund des klaren europäischen Mehrwerts der Programme im Bereich territoriale Zusammenarbeit (ETZ) fordern die Parlamentarier eine Verdopplung des Anteils der dafür vorgesehenen Mittel am Kohäsionshaushalt auf 7 % (von der Kommission vorgesehen sind 3,48 %). Davon würden letztlich auch die unter die ETZ fallenden INTERREG-Programme profitieren.

Die vor allem von den deutschen CDU-Abgeordneten unterstützte, vorgesehene Knüpfung von EU-Zahlungen an die Einhaltung makroökonomischer Bedingungen durch den Mitgliedstaat wurde von der Ausschussmehrheit ebenso abgelehnt wie die Vorhaltung einer Leistungsreserve. Das Konzept der makroökonomischen Konditionalität ist auch im Rat umstritten. Allerdings gilt die Durchsetzung dieses Punkts als ein Kernpunkt der deutschen Position, v.a. mit Blick auf die Verhandlungen des Finanzrahmens, sodass eine berechtigte Hoffnung besteht, dass der finale Kompromiss eine solche Regelung enthalten wird.

Während die Arbeiten zu den Inhalten bereits fortgeschritten sind, ist die finanzielle Ausstattung der Kohäsionspolitik noch immer vollkommen offen. Sie wird getrennt von den einzelnen Programmen im Mehrjahresfinanzrahmen (MFR) festgelegt, auf den sich der Rat nach Zustimmung des Parlaments einstimmig verständigen muss. Der Vorschlag der Kommission sieht ein Einfrieren der aktuell verfügbaren Mittel vor, um den politischen Prioritäten (v.a. der Strategie EU2020) und neuen Verpflichtungen des Lissabon-Vertrags gerecht zu werden. Deutschland tritt neben einigen anderen Nettozahlern im Rat für eine strikte Begrenzung des Haushalts ein. Allerdings fordert die Regierung auch eine Beibehaltung des Förderniveaus für die Bundesländer. Mit einem Ergebnis der MFR-Verhandlungen wird frühestens auf dem Ratsgipfel im Dezember gerechnet. Erst im Anschluss kann die endgültige Verabschiedung des Kohäsionspakets von Parlament und Rat erfolgen.



Bild 3:

Fachgespräch mit Projektträgern aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft zur INTERREG Förderung in der kommenden EU-Förderperiode 2014-2020. Von links: Hartmut Deiterding, Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Planung und Wirtschaft, Kreistag Ostholstein; Reimer Böge MdEP; Rasmus Vöge, stellvertretender CDU-Landesvorsitzender; Peter Sönnichsen MdL, Mitglied im Finanzausschuss des SH-Landtags; Astrid Damerow, MdL, Mitglied im Europausschusses des SH-Landtags.

(Foto: Büro Böge)

---

Pressemitteilungen:

### **1.) 12.07.2012: Abstimmungsergebnis zur Verordnung über den digitalen Tachograph**

*EP setzt "handwerkerfreundliche Regelung" beim Tachograph durch, Herabsenkung der Gewichtsgrenzen muss zurückgenommen werden*

Über das Abstimmungsergebnis zur Verordnung über den digitalen Tachograph im Plenum des Europäischen Parlaments (EP) zeigt sich der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU) weitestgehend zufrieden: "Gut ist, dass wir europaweit einheitliche Regelungen haben werden", so Böge. "Mit unseren Änderungsanträgen haben wir eine handwerkerfreundliche Regelung erreichen können." So seien beim Transport von Werkzeugen und Material in einem Firmen-Umkreis von 100 km alle Fahrzeuge, unabhängig vom zulässigen Gesamtgewicht, in eine Ausnahmeregelung aufgenommen worden, wenn Fahren nicht die Haupttätigkeit des Fahrers sei. Diese Fahrzeuge müssten nicht über einen digitalen Tachograph verfügen. Mit den nun angenommenen Regelungen trägt das EP den Vorschlägen der Hochrangigen Gruppe zum EU-Bürokratieabbau um Dr. Edmund Stoiber Rechnung. Der Vorsitzende der sogenannten Entbürokratisierungskommission hatte sich frühzeitig für eine neue Regelung ausgesprochen, die für Handwerksbetriebe gleichzeitig praktikabel und kostengünstig sei.

"Es bleibt aber auch Nachbesserungsbedarf", so Böge weiter. Besonders die von der Mehrheit des Plenums beschlossene Herabsenkung der Gewichtsgrenze für das verpflichtende Mitführen von digitalen Tachographen sei kritisch zu sehen. "Dies kann und muss in den anstehenden Verhandlungen im Rat geändert werden", fordert Böge abschließend. "Die Rückführung des Geltungsbereichs auf Fahrzeuge zwischen 2,8 und 3,5 Tonnen muss unbedingt zurückgenommen werden. Dafür muss nun die Bundesregierung in den Verhandlungen im Rat Flagge zeigen."

## **2.) 04.07.2012: EP kommt ACTA-Kritikern weit entgegen – EVP fordert Rückverweisung in den zuständigen Ausschuss**

Bei der heutigen Abstimmung über das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) stimmte die Mehrheit der Europaabgeordneten gegen das internationale Abkommen. Die Abgeordneten der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei) hatten eine Rückverweisung in den zuständigen Ausschuss für internationalen Handel gefordert.

ACTA, das die EU-Kommission auf der Grundlage eines Mandats der EU-Staaten mit anderen Ländern wie Japan und den USA verhandelt hat, soll die Urheberrechte stärker schützen. ACTA-Kritiker befürchten, dass Grundrechte bei der Nutzung des Internets eingeschränkt werden könnten und hatten sich massiv an die Europaabgeordneten gewandt. "Hunderte von gleichlautenden Anti-ACTA-Mails ersetzen keine sachgerechte Debatte", stellte der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge klar.

"Mit der heutigen Abstimmung ist die Mehrheit des Parlaments den ACTA-Kritikern weit entgegengekommen", erklärte Reimer Böge weiter dazu. "Leider gibt das Abstimmungsergebnis nicht einen vollständigen Überblick über die schwierige Ausgangslage. Fest steht nämlich auch, dass weltweit Schaden in Milliardenhöhe durch Produktpiraterie und Verstöße gegen das Eigentumsrecht entsteht. Allein in Deutschland gehen jedes Jahr viele Arbeitsplätze durch Produktpiraterie verloren. Hier hätte ein neues Abkommen zum Urheberrecht besseren Schutz geboten." Gleichzeitig hätte aber die Frage der Umsetzung durch die Vertragspartner (Einheitlichkeit der Rechtsbegriffe) genauer geklärt werden müssen, so Böge.

Vor dem Hintergrund der kontroversen öffentlichen Debatte hatte die Europäische Kommission im Februar 2012 beschlossen, das ACTA-Abkommen vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) prüfen zu lassen. Durch dieses Prüfverfahren hätte sich der mögliche Start von ACTA um zwei Jahre verzögert.

"Das Urteil des EuGH wäre bindend für die EU gewesen", hob Böge hervor und erklärte abschließend. "Gleichzeitig löst eine EuGH-Entscheidung zu ACTA nicht die politischen und technischen Fragestellungen. Das Parlament hätte sich schon die Zeit nehmen sollen, das unabhängige Gerichtsurteil abzuwarten und weiter an problematischen Details zu arbeiten. Nun geht es darum, einen neuen Anlauf mit Sachargumenten und weniger Emotionen zu nehmen. Die Chance auf Nachbesserungen sollte, wo gerechtfertigt, genutzt werden, ohne das Ziel eines internationalen Abkommens aus den Augen zu verlieren. Man hätte nachbessern können, statt ACTA in seiner Gesamtheit abzulehnen."

## **3.) 22.06.2012: EU Grenzkontrollen brauchen keine neue Rechtsgrundlage sondern effektive Verbesserungen bei Frontex und der Türkei**

*Gemeinschaftsorgane beteiligen / Neue Rechtsgrundlage für Legislativakte schafft Intransparenz / Frontex hat Verbesserungspotential / Stärkere Kooperation der Türkei eingefordert*

Als „vergebene Chance und Rückfall in vergangene Zeiten“ hat der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU) die Ergebnisse des EU-Innenministerrats in Luxemburg zu den Schengen-Regeln bezeichnet. „Leider haben die Minister nicht die ausgestreckte Hand des Parlaments ergriffen, sondern sie setzen auf Konfrontation“, betonte Böge. Die Reisefreiheit in Europa sei „ein fundamentales Recht der Europäer und ein Eckpfeiler der EU“. Dass die Minister trotz des gegenteiligen Auftrags des Europäischen Rats wieder auf mehr nationale Entscheidungskompetenz setzten, sei „eine Rolle rückwärts“.

Der CDU-Politiker sagte, das Parlament wolle nicht die Kompetenzen der Mitgliedstaaten bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung infrage stellen. „Wenn aber die offenen Grenzen eingeschränkt werden sollen, dann ist dies auch eine gesamteuropäische Frage. Dann müssen Gemeinschaftsorgane mit im Boot sein und beteiligt werden, sonst ist dem Populismus, wie in Dänemark, Frankreich und den Niederlanden geschehen, Tür und Tor geöffnet.“ Inhaltlich

hätten sich Parlament und Rat bereits weit angenähert. Dies werde aber durch die heutigen Entscheidungen ad absurdum geführt.

Böge kritisierte insbesondere, die Legislativentscheidung auf eine neue Rechtsgrundlage zu stellen. Damit sei das Parlament künftig nicht mehr eingebunden. „Dies hat zur Folge, dass die Entscheidungen wieder intransparent in Kungelrunden der Bürokratien getroffen werden. Dies ist ein Rückschritt in Vor-Lissabon-Zeiten. Für uns ist fraglich, wie der Rat künftig eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Parlament gestalten will, wenn er offensichtlich kein Vertrauen in die Abgeordneten hat.“

"Starre Grenzkontrollen sind eine Methode des letzten Jahrhunderts", so Böge. Diebe und anderweitig Kriminelle könnten besser durch eine effektive grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefasst werden. Hier sei der gemeinsame Schutz der EU-Außengrenzen durch Frontex durchaus noch verbesserungswürdig, so Böge. "Griechenland ist beispielsweise mit dem Schutz der EU-Außengrenzen überfordert. Auch die Türkei muss noch viel stärker mit der EU zusammenarbeiten", kritisiert Böge. "Bislang kooperiert die Türkei nicht. Die Haushaltsbehörde sollte daher die Vorbeitrittshilfen in die Reserve stellen, bis eine effektive Kooperation seitens der Türkei stattfindet", so der CDU-Haushaltspolitiker abschließend.

#### **4.) 13.06.2012: Künftiger EU-Finanzrahmen: Mehr Flexibilität, geringere Belastung nationaler Haushalte**

Der künftige mehrjährige EU-Haushalt benötigt eine angemessene Mittelausstattung und Flexibilität, sollte durch eine Reform der EU-Einnahmequellen jedoch gleichzeitig eine geringe Belastung für die nationalen Haushalte darstellen, forderte das Europäische Parlament heute. Auf der Basis von Vorschlägen der EVP-Fraktion sprach sich eine Mehrheit der Europaabgeordneten für ausreichend Mittel zur Finanzierung der von den EU-Mitgliedstaaten geforderten politischen Initiativen während des nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmens (MFR) von 2014 bis 2020 aus. Zur Verringerung der Belastung nationaler Haushalte sollte der EU-Haushalt stärker über eigene Einnahmen ("Eigenmittel") finanziert werden.

"Die EU-Regierungschefs müssen für die Projekte, die sie selbst gefordert haben, auch das nötige Geld bereitstellen. Nichts ist umsonst. Der Europäische Rat kann nicht eine Wunschliste teurer Initiativen auf den Tisch legen, ohne bereit zu sein, diese komplett innerhalb des bestehenden Finanzrahmens zu finanzieren. Wir brauchen eine angemessene Finanzierung unter Berücksichtigung der notwendigen Flexibilität, um auch auf kurzfristige Notwendigkeiten reagieren zu können. Gleichzeitig muss die Kommission sämtliche Gesetzesvorhaben stoppen, die mit zusätzlichen Kosten für lokale, regionale und nationale Verwaltungen und Unternehmen einhergehen, es sei denn, diese werden durch klar identifizierbaren Verwaltungsaufwand in anderen Bereichen kompensiert", sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den MFR, Reimer Böge (CDU).

Um die Belastung für die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten zu verringern, untermauerte das Europäische Parlament heute seine Forderung nach einer Reform der EU-Einnahmequellen und sprach sich für eine politische Einigung über eine Reform des Eigenmittelsystems als Voraussetzung für die Zustimmung zum künftigen mehrjährigen Finanzrahmen aus.

"Eine reformierte Einnahmehasis für die Europäische Union ist der Schlüssel zur Verringerung der nationalen Beiträge zum EU-Haushalt. Die Ausstattung der EU mit einem echten Eigenmittelsystem durchtrennt einerseits den gordischen Knoten der Notwendigkeit einer Verringerung nationaler Überweisungen nach Brüssel in einer Zeit großer wirtschaftlicher Herausforderungen und erlaubt andererseits verstärkte EU-Investitionen in Wachstumsprojekte", sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Reform des EU-Eigenmittelsystems, Jean-Luc Dehaene (EVP/BE).



Bild 4:

Sitzung des informellen Rats für Allgemeine Angelegenheiten (RfAA) in Aarhus und Horsens (Dänemark). Reimer Böge (CDU) und die Teilnehmer des Verhandlungsteams des Europäischen Parlaments zum Mehrjährigen Finanzrahmen unterstrichen gegenüber den EU-Außenministern, dass die Einheit und die Grundprinzipien des europäischen Haushalts strikt gewahrt werden müssten. Finanzierungsideen, die sich der Kontrolle der Haushaltsbehörde entzögen, seien strikt abzulehnen, so die Europaabgeordneten.  
(Fotos: Bjarke Ørsted)

#### Terminauswahl:

03.05.2012	Europagespräch im Berufsbildungszentrum Norderstedt
04.05.2012	Europa-Seminar in der Holstenschule, Neumünster
08.05.2012	Treffen mit Kommissionspräsident Barroso, Brüssel
09.05.2012	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
09.05.2012	Treffen des Verhandlungsteams zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit der Dänischen Ratspräsidentschaft, Brüssel
11.05.2012	Schülergespräch 12. Klasse Gymnasium Jungmannschule, Eckernförde
14.05.2012	Treffen mit den EVP-Landwirtschaftsministern, Brüssel
22.05.2012	Gespräch mit dem finnischen Außenminister Alexander Stubb, Straßburg
23.05.2012	Vorstandssitzung mit Bundesbankpräsidenten Jens Weidmann, Straßburg
08.06.2012	Schülergespräch Herderschule Rendsburg
10/11.06.2012	Informeller Allgemeiner Rat, Aarhus
12.06.2012	Besuch der Senioren-Union Pinneberg, Straßburg
13.06.2012	Vorstandssitzung mit Bundesbankpräsidenten Peter Müller, Straßburg
13.06.2012	Gespräch mit dem lettischen Ministerpräsidenten Valdis Dombrovskis, Straßburg
15.06.2012	Europa-Werkstatt zu INTERREG, Eutin
19.06.2012	Veranstaltung in der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Mehrjahresfinanzrahmen, mit Haushaltskommissar Lewandowski, Brüssel
20.06.2012	Sprecher beim Finanzreferentenstammtisch der deutschen Landesvertretungen, Brüssel
21.06.2012	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
26/27.06.2012	Briefing/Debriefing im Rahmen des Allgemeinen Rates in Luxemburg
27.06.2012	Pressefrühstück zum Mehrjahresfinanzrahmen, Brüssel
04.07.2012	Rede im Plenum des Parlaments zur neuen zyprischen Ratspräsidentschaft, Straßburg



04.07.2012	Vorstandssitzung mit EIB-Präsident Hoyer, Straßburg
04.07.2012	Treffen mit dem Staatsminister des Auswärtigen Amts, Michael Link, Straßburg
06.07.2012	Europawerkstatt zum Europäischen Sozialfonds, Lübeck
10.07.2012	Treffen mit dem holländischen EU-Minister Ben Knapen, Brüssel
11.07.2012	Rede beim Wirtschaftsrat zur mittelfristigen Finanzplanung, Brüssel
11.07.2012	Rede zum Mehrjahresfinanzrahmen, Robert Schuman Stiftung, Brüssel



Bild 5:

11.07.2012: Reimer Böge spricht beim Wirtschaftsrat zur mittelfristigen Finanzplanung. Links im Bild: Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des EP. Rechts im Bild: Herr Manfred Kurz, Leiter der Repräsentanzen Berlin und Brüssel der Würth Gruppe

Foto: Wirtschaftsrat, Herr Reiser

Für weitere Informationen:  
<http://www.reimerboege.de>  
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>  
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum: Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten: Peter Steven Tel: 00322/ 2845326 Fax: 00322/ 2849326 Email: reimer.boege@europarl.europa.eu Internet: <a href="http://www.reimerboege.de">http://www.reimerboege.de</a>
--